

Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstands DIE LINKE. Neukölln:

Für die Wahlperiode von November 2018 bis Oktober 2020

15.10.2020

Inhalt

1. Einleitung:.....	2
1.1. Dank und Anerkennung:.....	2
1.2. Vorstand:	2
1.3. Politischer Hintergrund:	2
2. Organisationsentwicklung:	3
2.1. Mitgliederentwicklung:	3
2.2. Basisorganisationen und Strukturentwicklung.....	4
2.3. Finanzen	5
2.4. Miet- und Sozialrechtsberatung:	6
2.5. Öffentlichkeitsarbeit.....	7
2.6. Zusammenarbeit mit der Fraktion	8
3. Politische Kampagnen und Projekte:	9
3.1. Klima und Verkehr	9
3.2. Antirassismus und Antifaschismus	10
3.3. Gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung	11
3.4. Europawahl.....	12
3.5. Wem gehört Neukölln? Festival für eine widerständige Stadt	12
3.6. Politik in Zeiten von Corona	12

1. Einleitung:

1.1. Dank und Anerkennung:

Der Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstands ist die Bilanz der politischen Arbeit des Bezirksverbands. Dazu haben die Mitglieder des Bezirksverbands beigetragen. Ihnen allen gehört Dank und Anerkennung für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit, für ihr Engagement, ihre politische Arbeit, inhaltliche Auseinandersetzung und ihren Einsatz

1.2. Vorstand:

Im November 2018 wurden Carla Aßmann, Maya Eckes, Georg Frankl, Doris Hammer (stellvertretende Sprecherin), Ferat Kocak (stellvertretender Sprecher), Thomas Licher, Ronald Luther, Sarah Nagel (Sprecherin), Valentin Pitzen (Schatzmeister), Tony Pohl, Susanka Sambefski, Jorinde Schulz, Moritz Wittler (Sprecher) und Irmgard Wurdack gewählt. Irmgard Wurdack trat aus persönlichen Gründen Ende des Jahres 2019 zurück. Thomas Licher trat Ende Juni 2019 aus politischen Gründen zurück und wechselte gleichzeitig den Bezirksverband.

1.3. Politischer Hintergrund:

Die zwei Jahre des Berichtszeitraums waren geprägt durch Mobilisierung der Klimabewegung und der antirassistischen Bewegung. In den urbanen Zentren hat zudem die Mieter*innenbewegung einen Aufschwung, in Berlin mit der zugespitzten Forderung nach Enteignung der großen Immobilienunternehmen. Betriebliche Auseinandersetzungen und Streiks verharren dagegen auf eher niedrigem Niveau. Mit der Tarifrunde im Öffentlichen Nahverkehr gelang es teilweise Beschäftigte und Klimabewegung zusammenzuführen.

Die antirassistische Bewegung, die in Folge von Black Lives Matters in den USA auch hier einen Aufschwung erlebte, konnte auf die antirassistischen Bewegungen der letzten Jahre aufbauen. Aufstehen gegen Rassismus, Unheilbar und auch die Bewegungen für die Rechte geflüchteter Menschen - alle diese Bewegungen haben dazu beigetragen, das Ausgreifen des Rassismus in der Gesellschaft zu stoppen. Dass sich die Antirassistische Bewegung nicht mehr alleine auf die AfD konzentriert, sondern zunehmend die strukturellen Rassismus in den staatlichen Behörden bis hin zu rechtsterroristischen Strukturen in den Sicherheitsbehörden in den Fokus nimmt, kann in gewisser Weise als Offensive verstanden werden. Die antirassistischen Bewegungen haben auch dazu beigetragen die AfD weiter in die Krise zu treiben und Spaltungstendenzen zu befördern.

Eine weitere Bewegung, die die politische Landschaft durcheinandergewirbelt hat, ist die Klimabewegung. Wie Black Lives Matters ist diese Bewegung eine internationale Bewegung. Allein am 20. September gingen weltweit 4-7 Millionen Menschen auf die Straße. In Deutschland alleine an diesem Tag 1,4 Millionen. Die Klimastreiks haben die politische Diskussion vollkommen gedreht und das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer ökologischen Produktions- und Lebensweise gesteigert. Auch wenn derzeit eher die angepassten Grünen davon profitieren, ist klar, dass sich die ökologische Herausforderung nicht innerhalb des Kapitalismus lösen lässt. Für Sozialist*innen ist das Aufgabe und Chance zugleich. Die Grünen setzen weiterhin auf die Profitwirtschaft und den Markt als Lösungsmechanismus (siehe S-Bahn usw.), an diesen Stellen müssen wir sie konkret herausfordern.

In Berlin setzt sich die Auseinandersetzung um die steigenden Mieten und die Spekulation mit Immobilien und Grundstücke fort. Das Volksbegehren zur Enteignung der großen

Immobilienkonzerne hat dazu geführt, dass die vielen Initiativen und Gruppen, die zu dem Thema in der Stadt arbeiten, eine zugespitzte Kampagne an die Hand bekamen. Auch die Demonstrationen von #Mietenwahnsinn hat zur Vernetzung der vielen Initiativen beigetragen. Ein erster Erfolg ist die Einführung des Mietendeckels. Allerdings muss hier um die Umsetzung weiter gekämpft werden. Der Volksentscheid zur Enteignung der großen Immobilienunternehmen geht an den Kern des Problems und stellt für uns eine große Chance da, auch im nächsten Jahr in der Mietenfrage vorwärts zu kommen.

Parteipolitisch gibt es eine trügerische Stabilität. Die CDU ist in internen Auseinandersetzung, um die personelle Aufstellung nach Angela Merkel, mit der auch eine inhaltliche Weichenstellung einhergeht. Der Aufwind den die Union durch die Corona-Krise erfahren hat, kann je nach Fortgang der ökonomischen Krise und der innerparteilichen Auseinandersetzung in der Union auch ins Gegenteil umschlagen. Die Grünen profitieren davon, dass ihnen Kompetenzen in der Klimapolitik zugewiesen werden und diese durch die Klima-Bewegung ins Zentrum der politischen Diskussion gerückt sind. Insbesondere bei der Europawahl wurde das deutlich. Die AfD ist erneut von Richtungskämpfen erschüttert, die durch den Druck der antirassistischen Bewegungen der letzten Jahre befördert wurden. Die SPD setzte bei der Urwahl zum Vorsitz der Partei ihre Richtungskämpfe fort. Obwohl Olaf Scholz und mit ihm der Stabilitäts- und Grokokurs von der Parteibasis deutlich abgewählt wurde, setzt die SPD mit dem Spitzenkandidaten Olaf Scholz auf Kontinuität und scheint sogar trotz existentiell bedrohlicher Umfragewerte nicht zu einer Erneuerung in der Lage zu sein.

DIE LINKE ist nach der Auseinandersetzung um die Migrationspolitik wieder relativ befriedet. Auf der Bundesebene steht mit der Neuwahl der Vorsitzenden und der strategische Aufstellung zu der Bundestagswahl wichtige Weichenstellungen an, die auch die Chance bilden, wieder in die Offensive zu kommen.

Die Corona-Pandemie gab den Anstoß für eine heftige Wirtschaftskrise, deren Ausmaße und politischen Auswirkungen erst sichtbar werden. Weltweit ist gleichzeitig das Wachstum eingebrochen. Bis heute liegen einige Branchen komplett brach und andere blicken in ungewisse Zukunft. In gewisser Weise hat die Pandemie allerdings auch politische Prozesse in einen Pausen-Zustand versetzt. Die Frage, wer für diese Krise die Rechnung muss, wird die politischen Auseinandersetzungen in den kommenden Jahren prägen.

2. Organisationsentwicklung:

2.1. Mitgliederentwicklung:

Am Tag der letzten Vorstandswahl (10. November 2018) lag unsere Mitgliederzahl bei 537. Im Laufe der letzten zwei Jahre haben wir 103 neue Genossinnen und Genossen für den Bezirksverband Neukölln gewinnen können. Es sind aber auch Mitglieder umgezogen oder ausgetreten.

Zum Stichtag 28. September gleichen sich die Zu- und Wegzüge in der Summe aus (39 Wegzüge, 40 Zuzüge), 59 Mitglieder sind in den vergangenen zwei Jahren ausgetreten, zwei Genoss*innen sind verstorben. Die Gründe für die Austritte sind nicht immer bekannt, der Landesverband Berlin arbeitet aber an einer Analyse der Austrittsgründe.

In der Bilanz haben wir in der Mitgliederentwicklung einen Zugewinn von 43 Mitgliedern zu verzeichnen und haben am 28. September 2020 insgesamt 577 Mitglieder. Das ist ein deutlich geringerer Zuwachs als im letzten Berichtszeitraum 2016-2018. Der Bezirksverband muss daher vor allem auch im Wahlkampf einen starken Fokus auf Mitgliedererwerb und Parteaufbau setzen.

Die Neumitgliederbetreuung wurde im Berichtszeitraum neu aufgestellt. Anstelle der zentralen Treffen für alle Neumitglieder im Bezirk werden diese nun einzeln von den Neumitgliederbeauftragten der regional zuständigen BOen kontaktiert und zum Kennenlerngespräch eingeladen. Dieses Verfahren hat bereits dafür gesorgt, dass die neuen Genoss*innen häufiger auch tatsächlich in den BOen aktiv werden.

Unsere aktuelle Mitgliedschaft ist zu 37 Prozent weiblich (215 Genossinnen), davon sind 47 Prozent zwischen 26 und 35 Jahre alt. Dies ist eine kleine Verbesserung gegenüber 34 Prozent vor zwei Jahren.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Neuköllner Bezirksverbands liegt derzeit bei 40,1 Jahren. Beinahe zwei Drittel unserer Mitglieder sind bis 40 Jahre alt (63 Prozent). Unser Altersdurchschnitt ist in den letzten zwei Jahren minimal gestiegen (39,2 Jahre zum letzten Bericht).

Wir müssen uns weiterhin bemühen, mehr Frauen und mehr Mitglieder mit Migrationsgeschichte zu gewinnen. Hier liegt weiterhin eine Schwäche unserer Partei. Wir sind weiterhin aktiv in der Bewegung gegen Frauenunterdrückung. Beim Themenkomplex Antirassismus haben wir unser Engagement ausgeweitet: Wir stellen uns in breiten Bündnissen gegen Nazis und rechte Verstrickungen in den Behörden, wir kritisieren die rassistische Politik der Schischa-Bar-Razzien des Bezirksamts Neukölln und Genoss*innen sind in Initiativen dagegen aktiv. Dies gilt es fortzusetzen.

2.2. Basisorganisationen und Strukturentwicklung

Die Verankerung der Linken konnte in den letzten zwei Jahren weiter ausgebaut werden. Rückgrat für die Verankerung ist die Arbeit der Basisorganisationen. Derzeit arbeiten in Neukölln sechs Basisorganisationen, die regelmäßige Aktivitäten organisieren und das Parteileben prägen. Auch die Corona-Pandemie hat die Arbeit nicht zum Erliegen gebracht.

Die Basisorganisation Süd hat ihre Arbeit im Berichtszeitraum fortgesetzt. In einem schwierigen Umfeld wird ein regelmäßiges Angebot an die Mitglieder der Partei in Südneukölln unterbreitet, viele Veranstaltungen organisiert und nach außen geworben, mit Infoständen, Veranstaltungsflyern und teilweise Plakaten. So z.B. bei der Kundgebung gegen Rassismus oder bei der Veranstaltung zu Mieten mit Caren Lay. Es bleibt weiterhin eine Aufgabe des gesamten Bezirksverbands unsere Präsenz in Südneukölln sicherzustellen. Auch die Basisorganisation Kranoldkiez konnte ihre Arbeit verstetigen und arbeitet kontinuierlich am Aufbau unserer Partei im Kranoldkiez. Auch hier wurden verschiedene inhaltliche Veranstaltungen organisiert und in der Nachbarschaft beworben. Auch der Austausch mit verschiedenen Initiativen wurde gesucht, zuletzt zur den gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Die Basisorganisation Rixdorf zeichnet sich durch die kontinuierliche Organisation von inhaltlichen Veranstaltungen aus. Das Themenspektrum reicht von kommunalen Themen wie den Spätiöffnungszeiten bis hin zu internationalen Themen wie dem US-amerikanischen Wahlkampf. Anlassbezogen werden Infostände und Neuköllnisch- Verteilaktionen organisiert und mittels Flyer und eigener Facebook-Seite beworben. Die Basisorganisation 44 organisiert ebenfalls regelmäßig inhaltliche Veranstaltungen, die oft im Abgeordnetenbüro von und manchmal in Kooperation mit Niklas Schrader und Anne Helm organisiert werden. Die Basisorganisation Hermannstraße organisiert ebenfalls zahlreiche Veranstaltungen und bietet regelmäßige Treffen an. Auch Neuköllnisch- Verteilaktionen und anlassbezogenen Infostände werden organisiert. Insbesondere war die Basisorganisation Motor der Kampagne gegen die S-Bahn-Privatisierung. Außerdem wird von ihr die Initiative „Hermannstraße für alle“ aufgebaut. Die Basisorganisation Reuterkiez arbeitet ebenfalls kontinuierlich und organisiert Treffen mit inhaltlichen Themen und schwerpunktmäßig inhaltliche

Veranstaltung. Sie zeichnet sich durch regelmäßige und häufige Infostände aus. Zudem arbeiten Mitglieder der Basisorganisation in Initiativen mit, die in ihrem Organisationsbereich angesiedelt sind, z.B. in der Initiative Hermannplatz oder Kiezversammlung 44.

Insgesamt haben die Basisorganisationen eine stärkere Rolle eingenommen und sind initiativer geworden. Durch die Wahl der Sprecher*innen sind die Basisorganisationen auch direkt ansprechbar, auch bei der Mitgliederbetreuung haben sie mehr Aufgaben übernommen und ein eigenes Geldbudget erhalten.

Die Mitgliederversammlungen sind der Ort der politischen Diskussion des gesamten Bezirksverbands. Allerdings hat die Attraktivität der Versammlungen weiterhin Steigerungspotential, z.B. durch längerfristige und bessere inhaltliche Vorbereitung. Mit der neu geschaffenen Geschäftsordnung wurde eine Grundlage dafür gelegt.

2.3. Finanzen

Der Bezirksverband Neukölln verfügt durch gestiegene Mitgliederzahlen und einem durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag von 14,75€ über eine gute Einnahmesituation. Dafür gebührt unseren Mitgliedern großer Dank!

Die Basisorganisationen verfügen seit der Mitgliedervollversammlung vom 24. Juni 2019 über ein Budget von 600 €/Jahr, über welches sie frei entscheiden können.

Einen Teil der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen führen die Bezirke an den Landesverband ab. Diese Abführungshöhe ist zwischen den Bezirken in den vergangenen Jahren unterschiedlich hoch gewesen, der Landesfinanzrat wurde im Zuge der Weiterentwicklung des Finanzierungsmodells durch den Landesparteitag dazu aufgefordert, gleiche Abführungssummen für alle Bezirke anzustreben.

So betrug die Abführungshöhe für Neukölln 2018 noch 65%, 2019 bereits 86% und ab 2020 89%. Diese 89% führen nun alle Bezirke einheitlich an den Landesverband ab.

Einnahmen	2018	2019	Aug 20
Beiträge	90.075,94 €	98.209,54 €	70.037,35 €
Mandatsträgerbeiträge	14.957,00 €	12.635,00 €	4.170,00 €
Spenden	3.700,00 €	110,00 €	100,00 €
Gesamt	108.732,94 €	110.954,54 €	74.307,35 €
Ausgaben	2018	2019	Jun 20
lauf. Geschäftsbetrieb	5.240,25 €	4.001,33 €	2.115,21 €
allg. politische Arbeit	14.102,52 €	16.441,16 €	7.424,00 €
Wahlkampf	-	4.119,53 €	-
Abführungen an den LV	56.956,72 €	74.040,51 €	43.236,67 €
Gesamt	76.299,49 €	98.602,53 €	52.775,88 €
Reinvermögen	2018	2019	Jun 20
	98.063,94 €	110.415,95 €	113.543,42 €

Aus Neukölln gab es gemeinsam mit dem BV Steglitz-Zehlendorf und dem BV Spandau die Bestrebung, diesen Schritt noch nicht zu vollziehen, da unter anderem durch unterschiedlich hohe Mandatsträgerbeiträge in den Bezirken neue finanzielle Unwuchten entstehen. Als Kompromiss

wurde dann einer Senkung der ursprünglich geplanten Abführungssumme von 91% auf 89% zugestimmt.

Der Landesverband übernimmt einen Großteil der Kosten der Geschäftsstelle (Grundausstattung, Miete, Strom- und Betriebskosten, Personalkosten).

Die Aufwendungen für die EU-Wahl lagen mit 4119,53€ deutlich unter denen vergangener Wahlkämpfe.

Die negative Entwicklung bei den Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen beschäftigte den Vorstand wiederholt, da sie komplett im Bezirk verbleiben und somit eine wichtige Einnahmequelle darstellen.

Der Bezirksverband hat in seiner Mitgliederversammlung am 16. April 2016 einen Antrag beschlossen, der die Erwartung an die Bezirksverordneten formuliert, 50% der Aufwandsentschädigung an den Bezirksverband abzuführen. Damit geht der Bezirksverband über die Regelung des Landesverbandes hinaus. Diese bezirkliche Regelung führte zu Beginn der Legislaturperiode durch die Vergrößerung der Fraktion dankenswerterweise zu einem starken Anstieg der Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen (2017: 19622,36€).

Mitte 2020 wurde deutlich, dass die Einnahmen aus Mandatsträger*innenbeiträgen so stark zurückgegangen waren, dass selbst die Zielmarke der Landesverbandsregelung Ende August erst zu knapp 36% (4170,00€) erfüllt wurde. Zu diesem in der Satzung festgelegten Beitrag liegen unterschriebene Vereinbarungen von den Mitgliedern der Fraktion vor.

Die daraufhin unterbreiteten Gesprächsangebote durch den Vorstand an einzelne Mitglieder der Fraktion blieben gänzlich unbeantwortet oder führten nicht zur Wiederaufnahme der satzungsgemäßen Zahlung von Mandatsträgerbeiträgen. Auch eine im Zuge der Erstellung dieses Rechenschaftsberichtes erbetene Stellungnahme der gesamten Fraktion kam nicht zustande.

Fazit: Trotz der aufgetretenen Probleme und der Erhöhung der Abführung an den Landesverband konnte der Bezirksverband seine solide finanzielle Entwicklung fortsetzen und in der Folge sein Reinvermögen weiter erhöhen. Finanziell ist der Bezirksverband in Hinblick auf das herausfordernde Superwahljahr 2021 gut aufgestellt.

2.4. Miet- und Sozialrechtsberatung:

Der Bezirksverband Neukölln bietet seit Jahren zweimal im Monat durch die Fachanwältin für Sozialrecht Lara Heitmann eine Erstberatung zu Fragen des Sozialrechts. Die Beratung ist immer ausgelastet, zumal durch Corona nur noch in Notfällen persönliche Sprechstunden im Jobcenter möglich sind und dies wahrscheinlich noch bis Jahresende.

Auch die inzwischen angebotene Mietrechtsberatung wird gut angenommen und musste aber eine Weile wegen Corona als Telefonberatung geführt.

Vor Corona-Zeiten gab es auch immer wieder Infostände vor dem Jobcenter mit aktuellen Informationen zum ALGII, berüchtigt als Hartz IV, oder zum Beispiel zum Recht auf Beistand. Leider ist es noch nicht gelungen ein angedachtes Beistands-Team einzurichten, aber in einigen Fällen konnte trotzdem durch Einzelpersonen erfolgreich Beistand geleistet werden. Hoffen wir, dass die auf Initiative der Fraktion DIE LINKE beschlossene Schiedsstelle zum Jobcenter bald besetzt und arbeitsfähig wird und zu Entlastungen der Betroffenen und der Mitarbeiter*innen führt.

Im Oktober 2020 veranstaltete die DIE LINKE Neukölln eine Videokonferenz zum Thema "Wie Hartz IV die Gesellschaft verändert hat".

Ansonsten war unsere stellvertretende Sprecherin in der Neuköllner BVV und im Sozialausschuss sehr aktiv und konnte einige Verbesserungen erkämpfen, nicht nur für die Neuköllner Transfer- und Wohngeldbezieher*innen, da ihre Initiativen Landes- und sogar Bundesweit umgesetzt wurden.

2.5. Öffentlichkeitsarbeit

Online-Auftritt:

Unsere Internetseite www.die-linke-neukoelln.de dient als Basismedium für unseren öffentlichen Auftritt. Sie wurde in den letzten zwei Jahren modernisiert. Sie informiert über aktuelle Themen, Aktivitäten und Positionen des Bezirksverbands und aktualisiert diese regelmäßig. Auch die Ausgaben der Bezirkszeitung Neuköllnisch sind über diese Internetseite als PDF abrufbar.

Unsere Facebook-Seite wird stetig bespielt und zählt mittlerweile über 4600 Gefällt-mir-Angaben und wird über 5000mal abonniert. So gelingt es, sowohl Mitglieder als auch Interessierte über aktuelle Veranstaltungen und Aktivitäten zu informieren und zu mobilisieren. Die Facebook-Seite ist mit der Web-Seite des Bezirksverbandes verknüpft, hat aber einen aktions- und kampagnenorientierten Schwerpunkt. Die Nachrichten-Funktion wurde in den letzten Jahren verstärkt genutzt, um mit uns Kontakt aufzunehmen.

Zusätzlich richtete DIE LINKE Neukölln Anfang des Jahres einen Instagram-Account ein. Über diesen bleiben wir mit anderen Initiativen in Kontakt und informieren über die Arbeit des Bezirksverbandes und der einzelnen BOen durch Bilder und kurze Textabschnitte.

Mitgliederinformation:

Die Mitglieder des Bezirksverbands DIE LINKE. Neukölln erhielten auch in diesem Berichtszeitraum etwa im Zweimonatsrhythmus Post vom Bezirksvorstand. Diese Mitgliederpost umfasste in der Regel die aktuelle Neuköllnisch, einen Mitgliederbrief mit allen Terminen, Einladungen, Veranstaltungshinweisen und Aktionsvorschlägen. Regelmäßig wurden ein Infobrief der BVV-Fraktion sowie anlassbezogen weitere politische Informationsmaterialien oder Unterschriftenlisten beigelegt. Zusätzlich informiert der Bezirksvorstand mindestens einmal pro Woche per Mail über aktuelle Termine, Veranstaltungen und Aktionen.

Pressemitteilungen:

Im Berichtszeitraum versandte der Bezirksverband einige Pressemitteilungen, etwa zur Syndikat-Räumung, zum Verbot der Seebrücke-Demonstrationen zu Beginn des Lockdowns, zur S-Bahn-Zerschlagung, zu den Anschuldigungen des BVV-Fraktionsvorsitzenden, zum geplanten Karstadt-Abriss oder zu den Razzien gegen Shisha-Bars. Dadurch sind Positionen der Neuköllner LINKEN stärker in der Berliner Medienöffentlichkeit dargestellt worden.

Neuköllnisch

Der Bezirksvorstand hat zu Beginn seiner Amtszeit Jorinde Schulz und Georg Frankl mit der Organisation der Redaktion der Neuköllnisch beauftragt.

Im Berichtszeitraum gab es bei der Zeitung des Bezirksverbandes einige Veränderungen. Die Auseinandersetzungen mit der BVV-Fraktion sowie um Sahra Wagenknechts aufstehen-Projekt haben auch die Redaktion erfasst und zum Verlust von langjährigen Redakteuren geführt. Andererseits sind neue Redakteur*innen dazugestoßen.

Seit Herbst 2018 sind elf Ausgaben der Neuköllnisch erschienen. Seit Januar 2019 erscheint die Zeitung endlich in Farbe, was der Attraktivität einen großen Schub verpasst hat. Seit Mai 2019 ist der Umfang noch einmal um 4 Seiten auf 16 Seiten gewachsen. Die Auflage umfasste jeweils etwa 3000 Zeitungen. Die Redaktion legte ihre Schwerpunkte dabei auf die Themen der Kampagnen und Aktivitäten des Bezirksverbandes.

Das Verhältnis der Redaktion zur aktuellen BVV-Fraktion darf als zerrüttet angesehen werden. Bevor der Fraktionsvorsitzende den Bezirksverband und -vorstand im Juni 2019 verlassen hat, hatte er jahrelang die Arbeit der Redaktion torpediert. Dennoch bemühte sich die Redaktion, auch über die Arbeit der BVV-Fraktion und über die Auseinandersetzungen im Neuköllner Rathaus ergiebig zu informieren.

Seit Mitte 2019 ist die Homepage www.neukoellnisch.net online. Dort werden die Artikel der Print-Ausgabe durch weitere Beiträge ergänzt. Unter dem Namen neuköllnisch gibt es zudem eine facebook-Seite und einen Twitter-Account. Die Online- und Social-Media-Präsenz der neuköllnisch ist, insbesondere was die Kontinuität von Beiträgen angeht, aber noch ausbaufähig.

Neben der Verschickung an alle Mitglieder des Bezirksverbandes wird die Zeitung hauptsächlich durch die BOs im Bezirk verbreitet. Das gelang in unterschiedlichem Maße. Auch, aber nicht nur, wegen Corona hat die Zahl der durch die BOs organisierten Infostände deutlich nachgelassen. Dagegen wurde die Zeitung häufiger in Briefkästen gesteckt insbesondere im Rollberg-Kiez, in der weißen Siedlung und in Gropiusstadt. Ausbaufähig ist sicherlich die Verteilung der Zeitung an der LINKEN zugeneigten frequentierten Orten im Bezirk wie Kneipen, Cafés, Spätis, Arztpraxen, sozialen Einrichtungen, Beratungsstellen, etc.

Ein Mangel besteht derzeit in der Vernetzung von BOs und Redaktion. Bislang ist es nicht in befriedigendem Ausmaß gelungen, die Zeitung als Plattform und Aushängeschild für Aktivitäten und Diskussionen in den BOs zu etablieren. Dafür ist der Aufbau von Kontaktpersonen in den BOs anzustreben.

Insgesamt kommt die Redaktion mit den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen ihren Aufgaben kaum hinterher. Daher müssen Wege gefunden werden, diese Ressourcen – insbesondere die Zahl der aktiven Redakteur*innen – zu erhöhen. Auch Bildungsangebote zu journalistischer Arbeit (Schreiben und Gestaltung) sollten stärker gemacht und genutzt werden. Wer Interesse an der Mitarbeit hat, möge sich bitte bei der Redaktion melden: info@neukoellnisch.net

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Neuaufstellung der Neuköllnisch trotz einiger widriger Umstände mit sehr gute guten Resultaten vorangeht. Die Rückmeldungen der Mitglieder sind sehr positiv. Den Redaktion und den Mitgliedern, die mit Artikeln zu der Zeitung beigetragen haben, gebührt Dank und Anerkennung.

2.6. Zusammenarbeit mit der Fraktion

Bei zentralen Themen haben die Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln und der Bezirksvorstand auch in den vergangenen Jahren wieder fruchtbar zusammengearbeitet. Zu nennen ist hier vor allem der Kampf gegen rechts. Mit Anfragen, Anträgen und EntschlieBungen gelang es der Fraktion mehrmals, breite Mehrheiten in der BVV für antifaschistische Positionen zu erringen. Dazu zählt zum Beispiel die Forderung nach einem Sonderermittler und einem Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Verstrickung der Behörden in die Serie rechten Terrors in Neukölln. Auch beteiligten sich Mitglieder der Fraktion an Demonstrationen und Kundgebungen gegen rechts hier im Bezirk.

Weitere Themen der ergänzenden politischen Arbeit waren beispielsweise der Widerstand gegen den Abriss des Karstadt am Hermannplatz, gegen die Räumung der Kiezkeipe Syndikat und die Unterstützung von Forderungen der Beschäftigten im Klinikum Neukölln.

Beim Jobcenter, dem Sozial- und Wohnungsamt konnte die Fraktion in der BVV einige konkrete Verbesserungen durchsetzen oder zumindest Verschlechterungen auflösen. Der Bezirksverband bietet weiterhin eine Sozial-Rechts-Beratung an und hat wieder damit begonnen, regelmäßig Infostände vor dem Jobcenter zu machen. Der Frühlingsempfang 2019 der BVV-Fraktion „Neukölln von unten: Gegen Armut und Hartz IV“ war ein großer Erfolg. Unter anderem trat die Kabarettistin „Jilet Ayse“ auf. Zusammen mit den Gästen sandte DIE LINKE. Neukölln ein starkes Signal gegen soziale Spaltung und Rassismus.

Die direkte Demokratie auf lokaler Ebene ist einen großen Schritt vorangekommen mit dem erfolgreichen Einwohnerbegehren „Saubere Schulen“ zur Rekommunalisierung der Schulreinigung der Initiative Schule in Not. Sowohl die Fraktion als auch der Bezirksverband unterstützen das Einwohnerbegehren tatkräftig.

Es darf aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass Potenziale der Zusammenarbeit zwischen dem Bezirksverband und der Fraktion weniger verwirklicht werden, seitdem der Fraktionsvorsitzende den Bezirksverband verlassen hat. Der Fraktionsvorsitzenden Thomas Licher begründete seinen politischen Bruch und den Austritt aus dem Bezirksverband in einem parteiöffentlichen Brief und gegenüber der Presse damit, dass der Bezirksverband arabische Großfamilien vor dem Vorwurf der „Bandenkriminalität“ verteidigt hätte und dass der Bezirksverband eine „einseitige Schwerpunktsetzung auf die muslimische Bevölkerung in Neukölln“. Anlass war, dass der Bezirksvorstand sich gegen die stigmatisierende Kampagne des Bezirksbürgermeister Hikels zur Clankriminalität gestellt hatte. Diese Position des Bezirksvorstands wurde auf die folgende Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit bestätigt: „Als LINKE Neukölln lehnen wir die mit den Razzien einhergehende pauschale Kriminalisierung und Stigmatisierung arabisch-stämmiger Neuköllner*innen und ihrer Familien ab. Wir stellen uns auf die Seite der Betroffenen dieser massiven und rassistischen staatlichen Repression. Wir fordern ein Ende der racial profiling-Methoden und einen respektvollen Umgang der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden mit allen Neuköllner*innen.“ Gleichzeitig stellte die Mitgliederversammlung fest „Wir halten den Austritt aus dem Bezirksverband und die politische Distanzierung von diesem für nicht vereinbar mit der Ausübung des Fraktionsvorsitzes in der BVV.“ Die Mehrheit der Fraktion überging diesen Beschluss und bestätigte Thomas Licher als Fraktionsvorsitzenden.

3. Politische Kampagnen und Projekte:

3.1. Klima und Verkehr

Die Themen Ökologie und Klimawandel standen in den letzten zwei Jahren mit einer neuen Dringlichkeit im Fokus von Öffentlichkeit und Politik – nicht zuletzt aufgrund der jungen Klimabewegung, die sich um die Aktivitäten von Fridays For Future kristallisierte. Als LINKE Neukölln haben wir im Bezirk zu den bundesweiten Mobilisierungen zum Klimastreik [Datum] beigetragen und in Veranstaltungen [Titel, Datum] versucht, kapitalismuskritische Perspektiven auf die Debatte zu stärken.

Auf Ebene der Stadtpolitik ist der Kampf für eine sozialökologische Verkehrswende zentral, um Schritte Richtung Klimagerechtigkeit zu gehen. Eine bezirkliche Vision für die Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs, haben wir als LINKE Neukölln mit unserem Nahverkehrsplan für Neukölln erarbeitet, der vor allen Dingen den Ausbau des Straßenbahnnetzes fordert. Unsere e-Mobilität heißt Straßenbahn! Dieser Plan, gestaltet in Zusammenarbeit mit der Neuköllnisch-Redaktion, ist ein konkretes Werkzeug, um mit Neuköllner*innen über eine soziale und klimagerechte Verkehrspolitik ins Gespräch zu kommen und politische Initiativen zu entfalten

Ein Schwerpunkt der politischen Aktivitäten des Bezirksverbands lag außerdem auf der Solidarität mit den Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr, die im Rahmen der Tarifrunde Nahverkehr für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Im Rahmen der BVG-Streikaktionen im Oktober 2020 waren Genoss*innen auf der Straße, um mit Flugblättern die Neuköllner Bevölkerung aufzuklären, und besuchten im Anschluss die streikenden Beschäftigten. Die Verbindung von Klimagerechtigkeit und guten Arbeitsbedingungen stand auch im Zentrum einer öffentlichen Veranstaltung der BO Rix auf dem Karl-Marx-Platz, in der Aktivist*innen von FFF, Verdi und dem Bündnis Eine S-Bahn für alle miteinander diskutierten.

Aus der Mitte der BO Hermannstraße entstand im Frühsommer [?] 2019 eine Initiative für einen Pop-Up-Radweg auf der Hermannstraße. Den Aktiven gelang es, viele Neuköllner*innen für die Verbesserung der Bedingungen für Radfahrende im Bezirk einzubinden und übte auf BVV und Bürgermeister mit Fahrraddemos und einem Einwohnerantrag starken öffentlichen Druck aus.

Der Widerstand gegen die Ausschreibung zweier Teilnetze der Berliner S-Bahn durch den Senat stellte einen weiteren Schwerpunkt der verkehrspolitischen Aktivitäten des Bezirksverbands dar. Die politische Energie verteilte sich hier auf drei Felder: Einerseits beteiligte sich DIE LINKE Neukölln am Bündnis Eine S-Bahn für alle, in dem Gewerkschafter und Klimaaktivist*innen gegen die Privatisierung Zerschlagung der S-Bahn kämpfen, hierzu bereits um die 3.000 [?] Unterschriften gesammelt und mehrere Kundgebungen durchgeführt haben. Der Bezirksverband initiierte außerdem gemeinsam mit anderen Bezirksverbänden eine innerparteiliche Vernetzung gegen die Ausschreibung, die die wichtige Debatte um das Thema in der Partei voranbrachte. Weiterhin veranstaltete DIE LINKE Neukölln diverse Diskussionsveranstaltungen und Plakataktionen, um über das Thema aufzuklären.

3.2. Antirassismus und Antifaschismus

In dieser Periode hatte der Vorstand neben den regelmäßigen Aktivitäten zum Thema antifaschistische und antirassistische Kämpfe im Bezirk drei größere Aktionsbereiche:

- Kampf gegen den rechten Terror in Neukölln
- Rassistische Polizeischikane von Gewerbetreibenden und „migrantischen“ Familien
- Netzwerkarbeit und Aktionen mit Bündnissen und Initiativen im Bezirk

Der Vorstand dieser Periode hat die Bündnisarbeit ‚im Kampf gegen Rechts‘ intensiviert und die Veranstaltungen und Aktivitäten verstärkt in Bündnissen umgesetzt. Darunter insbesondere die Demos nach Angriffen von Nazis wie bspw. die Demonstration am 21.12. aufgrund der rechten Angriffe in Nord Neukölln mit 2000 Teilnehmer*innen oder auch der Trauerzug am 20.02.2000 in Solidarität mit den Opfern von Hanau mit über 10.000 Teilnehmer*innen.

Neben der aktiven Teilnahme im Bündnis Neukölln und AgR Neukölln haben wir insbesondere mit der Betroffenengruppe der Nazi Anschläge und Neukölln Watch zusammengearbeitet. Über die Betroffenengruppe waren wir dann auch mit Hufeisern gegen Rechts, Basta, Rudow Empört sich und der Burak Bektas Initiative vernetzt sowie im ständigen Austausch mit MBR, RechOut und dessen Dachverband VBRG.

Von Beginn an haben wir sowohl die Petition als auch die Forderung der Betroffenen des rechten Terrors in Neukölln zur Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses unterstützt. Mit zwei Anträgen auf dem Landesparteitag hat auch die Landespartei diese Forderung einstimmig beschlossen.

Im Juli 2019 haben wir gemeinsam mit Betroffenen der rassistischen Polizeischikane gegen „migrantische“ Gewerbetreibende die Initiative „Kein Generalverdacht“ gegründet. Darauf folgten mehrere Veranstaltungen und Aktionen wie die sehr gut besuchte Veranstaltung am im Oktober 2019 zum Thema „Neukölln und die Clan-Debatte“ im Refugio oder der Shisha Flashmob vor dem Heimathafen, um gemeinsam mit Betroffenen gegen die Veranstaltung vom Bürgermeister Hickel und seiner rassistischen „Clan“ Politik zu protestieren. Die Initiative hat bis heute starken Zulauf und war beteiligt an unterschiedlichen antirassistischen Aktionen in Neukölln.

Die Bündnisarbeit außerhalb des Bezirks wie bspw. mit dem Bündnis Unteilbar oder dem neuen Aktionsbündnis Antirassismus erhalten wir durch persönliche Kontakte unserer Vorstandsmitglieder. Antifaschistische und antirassistische Proteste außerhalb von Neukölln wurden regelmäßig mit einer gemeinsamen Anreise des Bezirksverbandes aus Neukölln unterstützt.

3.3. Gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung

Steigende Mieten bewegen die Stadtgesellschaft wie kein anderes Thema. In den vergangenen zwei Jahren war eine weitere Vergrößerung und Verbreiterung der Mieter*innenbewegung zu beobachten. DIE LINKE. Neukölln hat sich nach Kräften dort eingebracht und dadurch mehr Vertrauen in der Bewegung gewinnen können, die uns jetzt trotz weiter bestehender Skepsis gegenüber Parteien allgemein häufig als Bündnispartner wahrnimmt. Auf lokaler Ebene waren das etwa Hausgemeinschaften, die für die Ausübung des Vorkaufsrechts kämpfen (z.B. ElbeWeigand, Schöneweider, Leine 8) oder andere Initiativen aus den Kiezen (z.B. Besetzung Wipperstr. 5, DaWoEdekaMawa). Die *neuköllnisch* berichtete häufig über Aktionen und Kampagnen der Mieter*innenbewegung in Neukölln.

Eine zentrale Kampagne der LINKE Neukölln war unser Einsatz für das Volksbegehren DW&Co Enteignen, an der sich alle BOen und auch die Mieter*inneninitiative in der Gropiusstadt (s. weiter unten) beteiligte. Die BO Süd organisierte eine erfolgreiche öffentliche Veranstaltung mit Caren Lay und Aktivist*innen in Südneukölln und alle BOen beteiligten sich an der Unterschriftensammlung, Mitglieder der LINKEN. Neukölln nahmen an den Bündnistreffen teil.

Bei der #Mietenwahnsinn-Demo im März 2019 war DIE LINKE. Neukölln wieder mit eigenem Transparent zahlreich vertreten.

Auf Landesebene wird der Berliner Mietendeckel bundesweit zu recht als Errungenschaft LINKER Politik wahrgenommen. DIE LINKE. Neukölln hat sich in Zusammenarbeit mit dem Landesverband für seine Einführung eingesetzt, Informationen dazu verbreitet und ihn gegen Angriffe verteidigt. Beispielhaft sei hier der starke Auftritt auf der Demo für den Mietendeckel am 3. Oktober 2019 genannt.

Seit dem Sommer 2019 setzt sich DIE LINKE. Neukölln gegen die Pläne des Karstadt-Kaufhof-Eigentümers René Benko ein, Karstadt am Hermannplatz abzureißen und ein riesiges Einkaufs- und Bürohochhaus im historisierenden Stil stattdessen da zu errichten. Zum Teil zusammen mit der Initiative Hermannplatz – KarStadt erhalten und der LINKEN Kreuzberg wurden mehrere öffentliche Diskussionsveranstaltungen organisiert und Infostände gemacht sowie ein Landesparteitagsbeschluss gegen die Pläne erreicht.

Zur Räumung der Kiezkeipe Syndikat waren zahlreiche Genoss*innen der LINKEN. Neukölln bei den Protesten aktiv und die Kritik des Bezirksverbands am Senat wurde auch im weiteren Umfeld wahrgenommen.

In Gropiusstadt wurde die 2017 begonnene Organisierung gegen Mietsteigerungen gemeinsam mit vielen Mieter*innen fortgesetzt. Dort fanden im Herbst 2018 und 2019 jeweils Kundgebungen mit über 150 Teilnehmenden statt, es haben sich kleine Initiativen in einzelnen Häusern gegründet und die monatlichen gemeinsamen Treffen des Mietentisch Gropiusstadt wurden verstetigt. So konnte dort eine Bewegung gegen die Mietsteigerungen entstehen, die es vor dem Engagement von Mitgliedern der LINKEN Neukölln nicht gab.

3.4. Europawahl

Die Wahlen zum Europa-Parlament waren im Jahr 2019 für DIE LINKE besonders schwierig. Zum einen ist die Wahlbeteiligung niedriger und es fällt auch schwerer, die Wählerschaft der LINKEN zur Wahl zu mobilisieren als bei nationalen Wahlen. Zum anderen vertrat die Partei keine einheitliche Position zur Europäischen Union und dies wurde in den Medien statt des inhaltlichen Programms der LINKEN in den Vordergrund gestellt. In Neukölln haben wir EU-kritische, antikapitalistische und internationalistische Positionen im Wahlkampf vertreten. Dennoch hatte DIE LINKE in Neukölln mit 10,8 Prozent ein schlechteres Ergebnis als bei der letzten Europa-Wahl 2014 (13,8 Prozent), bei der gleichzeitig über den Volksentscheid zum Tempelhofer Feld abgestimmt wurde. Trotz der vergleichsweise schlechten Mobilisierungskraft von Europawahlen ist es aber gelungen, mit dem Bezirksverband einen aktivistischen Wahlkampf mit Aktionstagen zu führen und neue Mitglieder einzubinden. Neben den Aktionstagen wurde der Wahlkampf maßgeblich in den BOen organisiert, was sich bewährt hat.

3.5. Wem gehört Neukölln? Festival für eine widerständige Stadt

DIE LINKE Neukölln hat im Herbst 2019 ein politisches Festival für März 2020 beschlossen und organisiert. Mehr als 20 Mitglieder haben sich an der Gestaltung und Organisation von "Wem gehört Neukölln? Festival für eine widerständige Stadt" beteiligt und rund 30 Diskussionsveranstaltungen, Workshops, Kiezzrundgänge und eine große Party mit Live Acts auf die Beine gestellt. Schwerpunkte waren die Themen Mieten, Soziales, Klima & Verkehr sowie Antirassismus. Eine Website war erstellt, Plakate und Flyer waren bereits gedruckt, Gäste eingeladen, in den Kiezen mobilisiert, in den sozialen Medien wurden weit über 1000 Interessierte erreicht. Die verschärfte Corona-Situation führte dazu, dass das Festival kurzfristig nicht stattfinden konnte. Ein Ersatztermin 2021 soll gefunden werden.

3.6. Politik in Zeiten von Corona

Der Vorstand der LINKEN. Neukölln reagierte schnell auf die Bedingungen von Kontaktsperre und Lockdown. Bereits am 15. März fand die erste Videokonferenz für den gesamten Bezirksverband

statt, auf dem sich die Mitglieder über die Situation austauschen konnten. Bis zur nächsten virtuellen Mitgliederversammlung am 21. März gab es ein erstes Konzept für die politische Arbeit in den kommenden Wochen: Es wurde eine Telefonaktion ins Leben gerufen, bei der Mitglieder des Vorstands und aus den BOen versuchten, alle Neuköllner Genoss*innen zu erreichen und über Möglichkeiten und Bedürfnisse praktischer Solidarität zu sprechen. Die BO-Treffen fanden sofort weiter im gewohnten Rhythmus als Videokonferenzen statt. Es wurde ein Flyer mit Sofort-Forderungen erstellt und von vielen Genoss*innen in Neukölln an die Haustüren geklebt. In den sozialen Netzwerken war DIE LINKE. Neukölln mit Foto-Aktionen, zum Beispiel zum Tag gegen Rassismus, sichtbar. Wir haben eine mobile Plakatwand mit Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen für „systemrelevante“ Beschäftigte vor dem Krankenhaus Neukölln, an der Hasenheide und am Tempelhofer Feld aufgestellt. Diese Idee wurde vom Landesverband aufgegriffen und andere Bezirksverbände sind unserem Beispiel gefolgt. Es wurden Papierplakate mit Forderungen nach besserer Bezahlung für die Beschäftigten in der Pflege, im Einzelhandel und im Transport gedruckt und geklebt.

Am ersten Mai haben wir unter dem Motto „Wer zahlt für die Corona-Krise? Menschen vor Profite!“ fünf Kundgebungen entsprechend den gültigen Pandemie-Auflagen organisiert und mit großem Erfolg durchgeführt.

Sobald es die Pandemie-Situation zuließ, wurden wieder Infostände abgehalten und die BOen verlegten ihre Treffen vermehrt nach draußen. Auch größere politische Veranstaltungen im öffentlichen Raum wurden organisiert. DIE LINKE. Neukölln beteiligte sich außerdem an zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen, insbesondere gegen Rassismus.

Am 20. Juli fand die erste Präsenz-Mitgliedervollversammlung unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen mit 47 Genoss*innen statt. Am 16. August wurde der eigentlich für Juni geplante Basistag nachgeholt.